

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt der Arbeitskreises (Ausgabe Nr. 12 - Oktober 2008)

**Meint ihr, dass ihr Gott täuschen werdet,
wie man einen Menschen täuscht?**

Hiob 13,9

Wolfgang Kessler

Kopflös in die Pleite

An den Finanzmärkten ist passiert, was laut Banken und Politik nicht passieren konnte.

Deshalb muss jetzt geschehen, was sich bisher niemand getraut hat.

Es gibt Krisen, die zunächst nicht wahrgenommen werden, weil nicht passieren kann, was nicht passieren darf. Wenn diese Krisen eintreten, gehen ihnen die Verantwortlichen nicht gerne auf den Grund, weil sie in ihren Kellern zu viele Leichen finden würden. Zu diesen Krisen zählt auch das Waterloo an den Finanzmärkten.

Die Politik und die Banken haben lange auf diesen Zusammenbruch hingearbeitet. Nach der Überwindung des real existierenden Sozialismus haben die Finanzminister weltweit fast alle Beschränkungen für den Kapitalverkehr abgeschafft - und auf diese Weise die Geister des globalen Turbokapitalismus aus der Flasche gelassen.

Vorbei sind die Zeiten, in denen die Banken und die anderen Finanzagenturen ihren Kunden vor allem Aktien, Fonds und festverzinsliche Wertpapiere anboten. Die Banken entwickelten ständig neue „Finanzinstrumente“ - oft äußerst undurchsichtige Kombinationen verschiedener Anlagen mit hochspekulativer Wirkung. Schon vor Jahren räumten Banker ein, dass sie nicht mehr wissen, woran ihr Schreibtisch-Nachbar gerade arbeitet. Sie wussten nur: Es ist global, undurchsichtig. Und es bringt viel Rendite, solange es gut läuft.

Die Kartenhäuser brechen ein

Noch in den 1980er-Jahren wäre die US-Hypothekenkrise eine Hypothekenkrise der USA geblieben. Doch im globalen Kapitalismus läuft dies anders: Da wollten plötzlich auch internationale Banken von den steigenden Häuserpreisen in den

USA profitieren. Deshalb kauften sie den US-Banken Kredite an Häuslebauer ab und verkauften sie weiter - nur gedeckt durch die spekulative Annahme ewig steigender Immobilienwerte. So entstand ein Kartenhaus an Anlagen ohne reale Deckung durch Eigenkapital. Als die Immobilienpreise einbrachen, stürzte auch das Kartenhaus ein - und mit ihm schlitterten viele Banken in die Pleite.

Wie diese gebündelten Hypothekenkredite gibt es viele Finanzprodukte. Sie werden weltweit gehandelt wie ungedeckte Schecks - und manche dieser Geschäfte werden auch noch von Versicherungen abgesichert. Auch sie sind nun bedroht. Dieses Finanzgebaren wurde so selbstverständlich, dass selbst die biederen deutschen Genossenschaftsbanken ihren Anlegern sogenannte *Cobold*-Papiere verkauften: Ihre Wertentwicklung hängt auch von der verblichenen Investbank *Lehman Brothers* ab.. Viele Bankkunden griffen munter zu - nicht wissend, was sie kauften, aber angetrieben von der Gier.

Die Finanzminister der Industrieländer schauen dem Treiben seit 15 Jahren tatenlos zu. Sie erklären den freien Markt für sakrosankt. In Deutschland lassen die Politiker sogar ihre eigenen Banker munter mitspielen im globalen Kapitalismus. Mehrere Landesbanken verzockten Milliarden. Die bundeseigene *Kreditanstalt für Wiederaufbau* hat noch mehr als 300 Millionen Dollar an *Lehman Brothers* überwiesen, als diese schon vor der Pleite standen. Mehrere Landesfürsten wollen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen privatisieren - nach der Devise: bloß kein staatliches Korrektiv in der Welt der Zocker.

Als die ersten Hypothekenbanken unter Druck gerieten, halfen die Zentralbanker und Politiker mit billigen Krediten aus. Ihre Begründung: Die Staatsgelder seien gut eingesetzt, weil sie die Ausbreitung der Krise verhinderten. Jetzt will die US-Regierung auf diese Weise die Krise bewältigen. Mit 700 Milliarden Dollar will sie »notleidende« Kredite übernehmen. Der Kapitalismus zeigt seine hässliche Fratze, und die Politik unterwirft sich: Die Gewinne sind privat, die Verluste werden sozialisiert.

Erst allmählich dämmert der Bundesregierung, dass die Sache gefährlich werden könnte. Zwar sind die Deutschen noch immer vergleichsweise gut abgesichert. Normale Einlagen sind zumeist gesichert, die Riesterverträge garantieren die eingezahlten Beiträge. Dennoch werden die Renditen einiger Wertpapiere ebenso geringer ausfallen wie jene einiger Lebensversicherungen. Weit schlimmer sind die Aussichten für die reale Wirtschaft: Die USA schlittern in die Rezession, und Deutschland schlittert mit.

Die Entschleunigung des Karussells

Deshalb ist jetzt Mut und Kreativität der internationalen Politik gefragt. Die Finanzminister müssen die Geister wieder einfangen, die sie aus der Flasche gelassen haben. Einiges wäre schnell machbar. Zum Beispiel der Versuch, möglichst viele Finanzgeschäfte wieder der Bankenaufsicht zu unterwerfen - und besonders gefährliche Spekulationsgeschäfte zu verbieten. Notwendig sind verbindliche und strenge Eigenkapital-Vorschriften, um die Spekulation auf der Basis »ungedeckter Schecks« zu verhindern. Gelänge dies in allen Industrieländern, dann wäre dies ein Schritt zu mehr Stabilität auf den Finanzmärkten.

Und dann geht es um die Einführung des Verursacherprinzips: Wer Risiken produziert, muss auch für die Folgen der Risiken aufkommen - und eben nicht der Steuerzahler. Als Chef des *Internationalen Währungsfonds* hat Bundespräsident Horst Köhler einst eine stärkere Beteiligung der Spekulanten an den von ihnen verursachten Verlusten gefordert - und ist gescheitert. Jetzt hat die US-Regierung mehrere Banken zur Selbsthilfe gezwungen - ein Modell, das Schule machen sollte, nicht nur in den USA.

Doch damit nicht genug. Mittelfristig muss das rasende Spekulationskarussell entschleunigt werden. Dazu schlägt der bündnisgrüne Finanzexperte Gerhard Schick eine Finanzumsatzsteuer vor. Seine Begründung: Bisher unterliegen die meisten Finanzgeschäfte keiner Umsatzsteuer. Dabei könnte schon eine geringe Finanzumsatzsteuer von 0,5 Prozent die Spekulationsbewegungen entschleunigen, weil sich dann Käufe und Verkäufe mit Gewinnspannen von bis zu 0,5 Prozent nicht mehr lohnen. Zudem würde diese Steuer die Staatshaushalte erheblich entlasten. Um Kapitalflucht zu verhindern, müsste dieser Vorschlag allerdings europaweit umgesetzt werden. Dann wäre die Steuer ein bedeutender Schritt zur Stabilisierung der Finanzmärkte - und zur Entlastung der Finanzminister in ganz Europa.

Die Vertreter der Banken lehnen solche Vorschläge entschieden ab. Dabei könnten sie dadurch zukunftsfähiger werden. Sie stehen nämlich vor der Wahl, weiter kopflos in die Pleite zu wirtschaften oder sich auf jene Geschäfte zu besinnen, für die Banken einst gegründet wurden: nämlich mit Aktien und festverzinslichen Wertpapieren zu handeln

sowie den Sparerinnen und Sparern durchsichtige und nachvollziehbare Produkte anzubieten. Erst wenn die Banken ihre Hauptaufgabe wieder darin sehen, mit den Spargeldern zukunftsweisende Unternehmen und Unternehmungen zu finanzieren, werden sie letztlich den ständigen Finanzmarktkrisen entkommen können. Eine solche Geschäftspolitik würde zwar die kurzfristigen Renditen senken, dafür aber das langfristige Überleben der Banken sichern.

Der Kunde ist König, wenn er regiert

Dieser Zwang zur Neuorientierung der Banken wäre auch eine große Chance für die Sparer. Dann nämlich, wenn sie ihre Schnäppchen-Mentalität am Bankschalter ablegen und stattdessen genau fragen würden, was die Banken mit ihrem Geld machen: ob sie damit Arbeitsplätze schaffen, Häuser und Schulen bauen und die Umwelt sanieren oder ob die Anlage doch wieder nur die globale Spekulation fördert.

Das mag naiv klingen. Doch noch immer ist der Kunde im Kapitalismus König - allerdings nur, wenn er auch den Mut hat, zu regieren. Seit einigen Jahren boomt das ethische Investment. Knapp zwanzig Milliarden Euro sind in Deutschland nach ethischen Bedingungen angelegt. Tendenz stark steigend. Bei einem gesamten Geldvermögen der Deutschen von 5300 Milliarden Euro ist dabei noch viel Luft nach oben. Wären zum Beispiel 500 Milliarden Euro nach ethischen Bedingungen investiert, dann würden die Banken (und auch die Börsen) nach anderen Regeln arbeiten als nach denen des spekulativen Turbokapitalismus. Es wären Regeln, die die Banken vor Finanzmarktkrisen schützen und das Geld von einem renditegesteuerten Spekulationsobjekt zum kreativen Instrument für eine nachhaltige Entwicklung machen würden - in Deutschland und weltweit.

aus: „Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen“ Nr. 18/2008

Ändere deine Gewohnheiten, und du änderst deine Welt.

arabisches Sprichwort

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität trifft sich am **Mittwoch, 22. Oktober 2008 von 18.00 – 20.30 Uhr im Betreuten Wohnen, August-Krogmann-Str. 101 in Hamburg.** Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Günter Grosse, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg